

Inhaltsverzeichnis

D Demokratie, Innen- und Sicherheitspolitik

D-1	Jusos Oberfranken	Sozialdemokratie und Sicherheitspolitik? Na klar geht das!	2
Änderungsanträge zum D-1 Sozialdemokratie und Sicherheitspolitik? Na klar geht das!			7
	D-1-2-5		Swa
	Seite 40, Zeile 2-5, Ändern		7
	D-1-19f		Swa
	Seite 40, Zeile 19f, Ändern		8
	D-1-55-90		Obb
	Seite 41, Zeile 55-90, Streichen		8
	D-1-103-105		Swa
	Seite 42, Zeile 103-105, Ändern		8
	D-1-117-132		Swa
	Seite 41f, Zeile 117-132, Ändern		8
	D-1-135		Obb
	Seite 43, Zeile 135, Einfügen		9
	D-1-143-152		Swa
	Seite 43, Zeile 143-152, Ändern		9
	D-1-156		Obb
	Seite 43, Zeile 156, Streichen		10
	D-1-162		Swa
	Seite 43, Zeile 162, Ändern		10
	D-1-189		Obb
	Seite 44, Zeile 189, Ändern		10
	D-1-210		Swa
	Seite 44, Zeile 210, Ändern		10
	D-1-228		Swa
	Seite 45, Zeile 228, Ändern		11

D-1-230

Obb

Seite 45, Zeile 230, Ändern

..... 11

D Demokratie, Innen- und Sicherheitspolitik

D Demokratie, Innen- und Sicherheitspolitik

D-1	Jusos Oberfranken	Sozialdemokratie und Sicherheitspolitik? Na klar geht das!	2
<hr/>			
Änderungsanträge zum D-1 Sozialdemokratie und Sicherheitspolitik? Na klar geht das!			7

D-1

Titel Sozialdemokratie und Sicherheitspolitik? Na klar geht das!

Antragsteller*innen Jusos Oberfranken

Adressat*innen Juso-Bundeskongress, Juso-Landeskonferenz, SPD-Bundesparteitag, BayernSPD-Landesparteitag

angenommen

mit Änderungen angenommen

abgelehnt

Sozialdemokratie und Sicherheitspolitik? Na klar geht das!

1 Sicherheitspolitik heißt für uns soziale Gerechtigkeit

2 Die Wahrscheinlichkeit, im Alter keine Rente zu haben, oder Opfer einer Hartz-IV-Sanktion zu werden, ist nach
3 wie vor um ein Vielfaches höher als Opfer eines Gewaltverbrechens oder Terroranschlags zu werden. Jun-
4 ge Menschen kommen wegen geringen Auszubildendenvergütungen, steigender Jugendarbeitslosigkeit und
5 einem viel zu geringen Bafög bei immer höher werdenden Mieten schnell an den Rand der Armut.

6 Es ist die Aufgabe der SPD, dafür zu sorgen, dass die sicherheitspolitische Debatte nicht länger unter dem
7 Vorzeichen einer irrationalen Angst vor Terror und dem Islam geführt wird, sondern die Bekämpfung echter
8 Bedrohungen wieder in den Mittelpunkt gerückt wird. Der Bundestagswahlkampf 2017 hat gezeigt, dass die
9 Ablenkungsmanöver der Konservativen und Rechtsextremen hervorragend funktioniert haben: In den Medien
10 und Parlamenten dominiert die Angst vor einer tatsächlich marginalen Bedrohung: Terror, Islam und Einwan-
11 derung. Und bei der ständigen Diskussion über Einwanderung und Geflüchteter gerät die Tatsache, dass un-
12 sere Rente durch Privatisierung immer weiter verkümmert, dass der Wohnungsmarkt durch Spekulant*Innen
13 für immer mehr Menschen unzugänglich wird und immer mehr Kinder in Armut aufwachsen müssen in den
14 Hintergrund.

15 Einer Partei, die sich dem demokratischen Sozialismus verpflichtet, darf das nicht länger egal sein. Wenn sich
16 die SPD erneuern will und Glaubwürdigkeit zurückerlangen möchte, dann muss sie den Mut fassen, die aktuelle
17 politische Debatte in eine andere Richtung zu lenken anstatt sich neoliberaler und konservativer Denkweisen
18 zu unterwerfen. Daher fordern wir: Sicherheitspolitik darf nicht länger auf unbegründete und irrationale Ängs-
19 te einer Minderheit der Bevölkerung reduziert werden. Wer für Sicherheit sorgen will, muss jedem Menschen
20 eine Garantie geben, niemals arm werden zu können!

21

22 Stigmatisierung von Arbeitssuchenden beenden

23 Einer der größten Erfolge neoliberaler Politik ist die Stigmatisierung von Arbeitssuchenden. Der Grundlegende
24 Wille von Menschen, sich in unsere Gesellschaft einzubringen, wurde in Frage gestellt – jede Arbeitslosigkeit
25 wurde als selbstverschuldet dargestellt. Diese Stigmatisierung dürfen wir nicht akzeptieren! Die Willkür in den
26 Jobcentern / Agenturen für Arbeit muss beendet werden. Sanktionen beim Arbeitslosengeld müssen ersatz-
27 los abgeschafft werden. Arbeitslose mit Kindern müssen für ihre Kinder eine deutlich höhere Unterstützung
28 erhalten. Ebenso fordern wir ein Mindesteinkommen für Arbeitssuchende, das ein Armutsrisiko ausschließt.
29 Nur wer Teil des gesellschaftlichen Lebens bleiben kann, trägt auch die Motivation und die Kraft in sich, eine
30 neue Stelle zu finden.

31 Gerade hier müssen die Agenturen für Arbeit in Unterstützung- und Weiterbildungszentren umgewandelt wer-
32 den. Der kapitalistische Gedanke der Arbeitsvermittler*Innen, die Arbeitssuchende als ihre Kunden behandeln,

33 muss ein Ende finden. Wir brauchen gezielte und menschenwürdige Förderung statt Angstmache und Bestrafung.
34

35 Es ist nicht zuletzt eine Frage der Freiheit, angstlos seinen momentanen Job aufgeben zu können – ohne
36 Zwang zu fachfremder oder schlecht bezahlter Arbeit. Das gilt vor allem auch für unter 25-jährige und ältere
37 Menschen, die besonders strenge Repressionen beim Arbeitslosengeld zu fürchten haben.

38

39 **Spekulant*Innen vom Wohnungsmarkt vertreiben**

40 Wohnen ist Grundrecht. Obwohl von der neoliberalen Erzählung zum bloßen Eigentum und Spekulationsob-
41 jekt degradiert, ist die Wohnung ein Grundbedürfnis für das Dasein eines jeden Menschen. Dieses Narrativ
42 wollen wir gegen den Widerstand der konservativen politischen Kräfte durchsetzen, da jeder Mensch, unab-
43 hängig von sozialer und geografischer Herkunft, unabhängig von Beruf und gesellschaftlicher Anerkennung
44 das Recht auf eine Wohnung hat.

45 Egal ob in Großstädten oder auf dem Land – die Wohnungssuche ist vor allem für Geringverdiener*Innen und
46 Familien mit mehr als drei Personen nahezu unmöglich. Damit wird Wohnen immer mehr zu einem Privileg
47 der Reichen und derer, die Grundbesitz in der Familie haben. Längst haben rechtsextreme und rassistische
48 Kräfte diesen Missstand erkannt und instrumentalisieren dieses Problem für ihre Zwecke: Arbeitssuchende,
49 Geflüchtete, Alleinerziehende, junge und alte Leute werden gegeneinander ausgespielt. Ein sicheres Land heißt
50 für uns, dass niemand Angst vor der Wohnungssuche haben darf und Fremdenfeindlichkeit keine Chance in
51 unserer Gesellschaft hat.

52 Wir fordern daher staatliches Eingreifen, um das Ansteigen der Mieten zu verhindern und um bezahlbaren
53 Wohnraum zu schaffen.

54

55 • Mietpreisbremse verschärfen: Die Mietpreisbremse ist in ihrer momentanen Form beinahe wirkungs-
56 los. Wir fordern, dass die Miete bei Neuvermietungen auch nach Sanierungen in keinem Fall um mehr
57 als 10% steigen darf. Zudem müssen Mieter*Innen ein Auskunftsrecht über die Höhe der Miete der*des
58 Vormieter*s*In erhalten. Die Mietpreisbremse ist auf das gesamte Bundesgebiet auszuweiten.

59

60 • Mehr sozialer Wohnungsbau: Die Kommunen müssen unverzüglich mehr Geld für den sozialen Woh-
61 nungsbau erhalten. Dass Fördergelder zur Finanzierung einer schwarzen Null im Landeshaushalt miss-
62 braucht werden, wie es zuletzt in Bayern geschah, muss verhindert werden. Wir brauchen ein bun-
63 desweites Investitionsprogramm, das mindestens zwei Milliarden Euro beträgt und vor allem dort
64 eingesetzt wird, wo die Mieten am höchsten sind und immer weiter ansteigen. Zudem muss die Pri-
65 vatisierung kommunalen Grund- und Wohnungseigentums gestoppt werden. Kommunen mit ange-
66 spanntem Wohnungsmarkt muss es untersagt werden, Grundstücke und Wohnungen zu verkaufen.
67 Stattdessen müssen Neubau- und Sanierungsprojekte für Wohnungen, die deutlich unter dem Miet-
68 spiegel vermietet werden, gefördert werden. Sozialer Wohnungsbau ist für Kommunen ein Gewinn,
69 insbesondere Mehrgenerationenprojekte und bei vielfältigen Bewohner*Innen. Wir fordern die Kom-
70 munen auf, Bedenken in der Bevölkerung durch eine offene Informationspolitik entgegenzuwirken. Um
71 die Kommunen wirksam unterstützen zu können, muss das Kooperationsverbot abgeschafft werden.
72 Sollte das bei der jetzigen politischen Kräfterlage nicht möglich sein, ist zumindest auf die Etablierung
73 eines Rechenschafts- und Sanktionsmodells hinzuwirken: Die Bundesländer sollen zukünftig dem zu-
74 ständigen Bundesministerium Rechenschaft ablegen müssen, wohin und nach welchen Kriterien sie die
75 Gelder des Bundes weiter verteilen. Stellt das zuständige Bundesministerium Unregelmäßigkeiten
76 oder die Nicht-Weitergabe der Gelder an die Kommunen fest, so muss es Sanktionsmöglichkeiten ha-
77 ben, die bis zur Rückforderung der Subventionen vom Bundesland reichen.

78

79 • Umfassenderes Wohngeld: Das Wohngeld ist eine Möglichkeit, kurzfristig geringverdienende zu entlas-
80 ten. Wir fordern, dass das Wohngeld auch für Studierende und Auszubildende ohne zusätzliche Ein-
81 schränkungen zugänglich gemacht wird. Die Einkommensgrenzen sind großzügiger zu fassen und das

82 Wohngeld zu erhöhen. Parallel dazu fordern wir eine Erhöhung des Bafögs und ein elternunabhängiges
83 Bafög, damit Wohnen während der Ausbildung und des Studiums kein Privileg für Studierende reicher
84 Eltern bleibt!

85

86 • Soziale Sicherheit hängt eng mit Zugänglichkeit zum Wohnungsmarkt zusammen. Jahrelanges warten
87 auf angemessenen Wohnraum oder Ratlosigkeit bei Verlust der Wohnung lassen Raum für die, die
88 Menschen gegeneinander ausspielen und aufhetzen möchten. Wir brauchen eine radikale Wende in
89 der bundes- und landesweiten Wohnungspolitik – die hier beschriebenen Schritte stellen nur einen
90 ersten Schritt in diese Richtung dar.

91

92 **Privatisierung von Sozialversicherungssystemen und Infrastruktur stoppen**

93 Die Wahrscheinlichkeit, im Alter arm zu werden, steigt weiter an. Die Möglichkeit, dass immer mehr Teile der
94 öffentlichen Daseinsvorsorge privatisiert und damit für einige Menschen unbezahlbar wird, entsteht. Das neo-
95 liberale Ideal der Privatisierung zum Wohle aller hat sich als Lüge im Interesse der Profite Weniger herausge-
96 stellt.

97 Am eklatantesten ist wohl die Privatisierung der Altersvorsorge. Die staatliche Subventionierung profitori-
98 entierter Versicherungskonzerne, wie beispielsweise in Form der Riester-Rente, muss ein Ende haben. Wir
99 fordern daher die Rückkehr zu einer solidarischen, staatlich organisierten Altersvorsorge, in die langfristig
100 auch Selbstständige und Beamt*Innen einzahlen. Zusätzlich muss eine Mindestrente in Höhe von mindestens
101 1.050,- € netto plus jährlichen Inflationsausgleich gewährleistet werden, damit Altersarmut ein für alle Mal
102 beseitigt wird. Jeder Mensch verdient die Sicherheit, im Alter in Würde leben zu können!

103 Eine weitere nicht hinnehmbare Einmischung privater Gewinninteressen findet bei der Krankenversicherung
104 statt. Wir unterstreichen daher unsere Forderung nach einer Bürger*Innenversicherung, wie sie bereits im
105 Wahlprogramm der SPD 2017 zu finden war.

106 Auch die klassischen kommunalen Versorgungsdienstleistungen, Energie- und Wasserversorgung müssen wie-
107 der verstärkt in öffentliche oder genossenschaftliche Hand gelangen. Die Grundversorgung aller Menschen
108 darf nicht von einem wankenden Markt abhängig gemacht werden, sondern muss lokal und im Interesse aller
109 Konsument*Innen gewährleistet werden.

110 Wir stellen uns außerdem gegen die in der letzten großen Koalition angestrebten Privatisierungen in der
111 Infrastruktur. Wir brauchen ein umfangreiches Investitionsprogramm in Infrastruktur, in der vor allem der
112 Breitband- und Schienenverkehr gefördert wird und weniger der Individualverkehr. Auch müssen Straßen und
113 Autobahnen in staatlicher Hand bleiben, damit Privatkonzerne Straßen nicht zu Rendite machen können. Wir
114 brauchen die Sicherheit, dass auch die Generationen nach uns Straßen bauen, sanieren und befahren können,
115 ohne horrende Kosten auf sich nehmen zu müssen.

116

117 **Gemeinsam lernen – Chancen für Jugendliche schaffen**

118 Panik herrscht in den Medien, wenn über Radikalisierung von Jugendlichen berichtet wird. Egal ob islamistische
119 oder nationalsozialistische Ideologien: In einem Schulsystem, in dem politische und gesellschaftliche Bildung
120 eine so geringe Rolle wie in Deutschland spielen darf es nicht verwunden, wenn es auch einen kleinen Teil von
121 Jugendlichen gibt, die sich radikalieren.

122 Jugendliche, die keine Unterstützung vom Elternhaus bekommen oder aus anderen Gründen auf sich allei-
123 ne gestellt sind, können jedoch von der Schule Hilfe bekommen. Wir brauchen daher einen flächendecken-
124 den Ausbau von Schulsozialarbeit. Einschlägige Studiengänge sollen von Zulassungsbeschränkungen befreit,
125 Studien- und Ausbildungsplätze ausgebaut werden. Auch müssen unabhängige Beratungsstellen für Eltern
126 und Familien eingerichtet werden, die Hilfe anbieten, wenn sich Familienmitglieder radikalieren. Religiöse
127 Gemeinschaften dürfen hier nicht die einzigen Ansprechpartner*Innen sein.

128 Viel grundlegender ist jedoch die soziale Selektivität des dreigliedrigen Schulsystems. Dieses muss überwin-
129 den werden, damit Menschen unabhängig von ihrer sozialen oder geographischen Herkunft freien Zugang

130 zu Bildung und Aufstiegsmöglichkeiten erhalten. Nur in einer Gemeinschaftsschule und individueller Förde-
131 rung von Schüler*Innen kann auch auf Jugendliche mit Problemen eingegangen werden, bevor sich diese in
132 Aggression umwandeln.

133

134 **Unser Kommentar zur konservativen „Sicherheitspolitik“**

135 2017 endete mit dem für viele scheinbar überraschenden Ereignis, dass menschenfeindliche Einstellungen in
136 Deutschland noch immer Mehrheiten finden können und sogar Parteien davon so sehr profitieren können,
137 sodass die AfD nun die drittstärkste Fraktion im Bundestag stellt. Uns überraschte dies nicht, im Gegenteil,
138 die „Mitte in der Krise“, sowie „Deutsche Zustände“- Studien der letzten Jahre belegten ein autoritäres und
139 menschenverachtendes Potential in der deutschen Mehrheitsgesellschaft schon deutlich länger, als es die AfD
140 gibt. Allein vor dem Hintergrund dieser Studien muss sich niemand mehr Illusionen darübersuchen, dass die
141 Personen, die die AfD wählen nur „missverstanden“ und „abgehängt“ sind oder das lediglich aus dem Grund
142 maximaler Provokation tun.

143 Selbstverständlich ist für uns als Sozialist*Innen die Tatsache, dass diese menschenverachtende Einstellung
144 und autoritäre Tendenz schon lange vorhanden ist, kein ausschließlich ausreichender Erklärungsansatz. Die
145 soziale und ökonomische Realität der Menschen sollte, wenn es darum geht, wie Ideologien und entstehen,
146 selbstverständlich nicht ignoriert werden – aber, dass Menschen ausschließlich aufgrund ihrer ökonomisch
147 schwierigen Lage dazu determiniert sind, rechte Parteien zu wählen oder rechten Ideologien anzuhängen, ist
148 schlichtweg falsch. Der Grund für eine erfolgreiche AfD ist Deutschland und seine Bevölkerung, sind deutsche
149 Zustände. Genau diese Zustände aber führen nicht nur zu einer erfolgreichen AfD. Die AfD benötigte es nicht,
150 um das Asylrecht zu verschärfen und repressive Funktionen des Staates auszuüben. Die AfD benötigte es nicht,
151 in menschenverachtenden Asylopaketen die Grundrechte von Geflüchteten massiv zu beschneiden, das haben
152 Sozialdemokrat*Innen und vermeintlich konservative Politiker*Innen auch alleine geschafft.

153 Eben diese Zustände also sind auch das Ziel unserer Forderungen und unseres Kampfes, den wir auf verschie-
154 dene Art und Weise führen.

155

156 **Wir lehnen den gängigen Extremismus-Begriff ab**

157 Wir sind als antifaschistischer Richtungsverband der Überzeugung, dass es eine entschlossene und kämpferi-
158 sche Praxis braucht, die nur auf einer klaren Analyse der bestehenden Verhältnisse resultiert.

159 Die pragmatische und unideologische demokratischen Mitte betrachten wir als einen bürgerlichen Mythos.
160 Die Konsequenz daraus, dass die Probleme mit auftauchenden „Extremen“ außerhalb dieser Mitte beginnen,
161 ist viel mehr als lediglich ein Irrtum, der aus einer fehlerhaften Analyse heraus entsteht.

162 Es ist auch klares Kalkül, denn diese Analyse gibt all jenen, die sich auf eben diese vermeintliche Mitte berufen,
163 einen Freifahrtschein zu rassistischer Hetze. Wir wissen, dass Rassismus, Antisemitismus, Sexismus und Natio-
164 nalismus sowie Homophobie keine Probleme vermeintlicher „Extreme“ sind, sondern quer durch die politische
165 Landschaft, wie einige Äußerungen gewisser Teile der Linkspartei und das sozialdemokratische Regierungs-
166 handeln selbst beweisen, auch ein Problem der politischen Linken ist.

167 Und wenn wir über eben jene rassistische, menschenverachtende Hetze reden, brauchen wir keine Gegenfra-
168 ge, was eigentlich mit anderen „Extremen“ sei. Es gibt Themen, die menschenverachtend sind, es gibt Aussa-
169 gen, die zutiefst rassistisch, antisemitisch, sexistisch sind, aber die machen vor keiner politischen „Richtung“
170 oder keiner politischen „Extreme“ halt. Sie sind in der vermeintlichen Mitte der Gesellschaft und müssen dort
171 bekämpft werden.

172 **Sicherheit muss es auch für Asylbewerber*Innen geben**

173 Die aktuellen Zustände für Asylsuchende sind nicht ertragbar. Sie sind nicht nur durch den Erfolg der AfD
174 nicht ertragbar, sie sind auch deswegen nicht ertragbar, weil menschenverachtende Ideologien nicht nur sag-
175 bar, sondern -in den vergangenen Jahren auch machbar wurden. Wir erlebten durch verschiedene, von der
176 Bundesregierung und somit auch von der SPD durchgedrückte Asylopakete regelmäßige Eingriffe in die Freihei-
177 ten von Geflüchteten. Auch deswegen konnten sich diejenigen, die durch Brandanschläge auf Unterkünfte für
178 Geflüchtete versuchten, Menschen zu ermorden gewiss darin sein, einen politischen Auftrag zu erfüllen. Der

179 Angriff muss also all jenen Strukturen gelten, die dies ermöglichen. Das heißt für uns zunächst praktische So-
 180 lidarität. Wir sind solidarisch mit all jenen, die von verschiedenen rassistischen Gesetzesverschärfungen der
 181 letzten Jahre betroffen waren. Solidarität heißt, politische Arbeit auf der Straße und in Bündnissen, von der
 182 Demo bis zur durch aktiven Widerstand erfolgreich verhinderten Abschiebung.

183

184 Es heißt aber gemäß der Doppelstrategie unseres sozialistischen Richtungsverbands politische Arbeit in den
 185 Parteien. Wir müssen endlich wieder zurück zu einem Asylrecht vor dem Asylkompromiss mit einem men-
 186 schenwürdigen Anrecht auf Asyl!

187 Hierfür können die folgenden Maßnahmen eine Basis sein, die es weiterzuentwickeln gilt:

- 188 • Das System der sogenannten „Zentralen Aufnahmeeinrichtungen“ in Bayern, wie wir sie beispielswei-
 189 se in Bamberg vorfinden, den Gar ausmachen. Die rassistische Politik der CSU-Landesregierung muss
 190 beendet werden!
- 191 • Ablehnung des Dublin 4-Abkommens sowie aller bisheriger Dublin-Abkommen und stattdessen eine
 192 gesamteuropäische Lösung, die die Last von den südeuropäischen Staaten nimmt und die Geflüchtete
 193 nicht kriminalisiert und stigmatisiert. Kein Mensch ist illegal!
- 194 • Abschaffung der sicheren Herkunftsstaatenregelung. Menschen ohne Anhörung kategorisch auf Grund
 195 ihrer Herkunft deutlich schlechtere Chancen im Asylverfahren einzuräumen ist darf für eine sozialde-
 196 mokratische Partei nicht tragbar sein!
- 197 • Abschaffung des momentanen separaten Asylbewerberleistungsgesetzes. Sonderregelungen bei So-
 198 zialleistungen für Geflüchtete sollte ihre besondere Situation aufgreifen. Es sollte nicht eine gezielte
 199 Benachteiligung schaffen, wie es momentan der Fall ist.
- 200 • Keine Obergrenze bei der Aufnahme von Asylsuchenden, denn es gibt kein Maximum an Grundrechten.

201

202 **Neuaufstellung der Sicherheitsbehörden**

203 Die letzten Jahre zeigen aber nicht nur eine rassistische Eskalation der Asyl- und Flüchtlingspolitik. Im Zeitraum
 204 der jüngsten großen Koalition kam es auch zu verschiedenen Vorfällen autoritärer Übergriffe durch Staatsor-
 205 gane und zu einem massiven Ausbau repressiver Möglichkeiten. Die zu oft vorkommenden Übergriffe durch
 206 Polizist*Innen im Zusammenhang mit beispielsweise Demonstrationen, bei denen eine wirkliche Aufarbeitung
 207 meist aufgrund internen Strukturen verhindert wird, belegen dies. Auch ist die Polizei nicht gefeit davor, von
 208 menschenverachtenden Ideologien geprägt zu sein. Racial Profiling, Begriffe wie „Soko Bospurus“ oder auch
 209 der Fall Oury Jalloh belegen das. Aus diesem Grund braucht es endlich eine wirkliche Kontrolle der Polizei
 210 durch verschiedene Akteur*Innen, sowohl innerhalb staatlicher Institutionen, als auch durch die Zivilgesell-
 211 schaft. Unser Ziel ist es, dass friedliche Demonstrant*Innen, antifaschistische Initiativen und Journalist*Innen
 212 die Sicherheit haben, von den Sicherheitsbehörden effektiv geschützt zu werden – und nicht Angriffe befürch-
 213 ten müssen.

214 Im Zusammenhang mit dem NSU, aber auch durch viele andere Beispiele sehen wir nicht nur das Versagen
 215 von Polizei, sondern auch das Versagen des Verfassungsschutzes. Das Scheitern des Verfassungsschutzes liegt
 216 in seinen historischen und ideologischen Wurzeln. Die Extremismus-Theorie versagt als theoretisches Analys-
 217 einstrument, aber auch die geheimdienstliche Praxis ist nicht ausreichend für eine verlässliche und sichere
 218 Behörde. Eine Institution, die auf Grundlage eines politischen Kalküls ein solches Instrument nutzt ist nicht
 219 nur ineffizient, sie ist sogar gefährlich, wie das Versagen im Falle des NSU, das seine Gründe auch hierin hat,
 220 beweist. Die Gefahr, die durch Inlandsgeheimdienste in ihrer realen Arbeit ausging und ausgeht zeigt auch
 221 der Versuch einer politischen Aufarbeitung des gesamten NSU-Komplexes. Akten, die der demokratisch legi-
 222 timierten Kontrollinstanz hätten zukommen sollen, wurden vernichtet oder erst nach langen Verzögerungen
 223 zur Verfügung gestellt. Selbst von den höchsten Stellen wurden entweder Aussagen verweigert oder die Aus-
 224 schüsse wurden mit teilweise absurden Geschichten belogen. Alles in allem lässt sich festhalten, dass der
 225 Auftrag eine Verfassung zu schützen, durch die meisten Initiativen aus der Zivilgesellschaft oder wissenschaft-
 226 liche Institutionen besser in den letzten Jahren stattgefunden hat, als es durch den Verfassungsschutz getan
 227 wurde.

228

229 Aus der hier beschriebenen Analyse leiten wir folgende politische Maßnahmen ab:

- 230 • Kennzeichnungspflicht für Polizist*Innen, die es ermöglicht, bei Straftaten im Amt die richtigen Täter*Innen zu ermitteln oder Zeugen ausfindig zu machen
- 231
- 232 • Eine Parlamentarische Kontrollkommission für die bayerische Polizei, ähnlich wie es beim Inlandsgeheimdienst der Fall ist.
- 233
- 234 • Interne Ermittlungen bei der Polizei müssen endlich durch unabhängige Stellen und nicht durch Kolleg*Innen durchgeführt werden. Der hohe soziale Druck innerhalb von Polizeieinheiten verhindert oft eine Aufklärung von im Dienst begangenen Straftaten.
- 235
- 236
- 237 • Abschaffung des USKs, es handelt sich um eine ausschließlich in Bayern vorkommende Polizeieinheit mit rechtstaatlichen Mindestansprüchen nicht ausreichenden Sonderrechten.
- 238
- 239 • Abschaffung der Vorratsdatenspeicherung! Die anlasslose Speicherung Millionen von Daten verschiedener Menschen ist nicht einmal mit liberalen Mindest-Standards einer bürgerlichen Demokratie zu vereinen, zudem können die Befürworter*Innen bis heute keinen vollständigen Beleg für ein höheres Maß an Sicherheit durch die VDS vorbringen
- 240
- 241
- 242

243 Zusammengefasst fordern wir die Sicherheit, dass wir und auch die Generation nach uns ein würdevolles Leben führen können. Wir möchten nicht weniger als eine sichere Kranken- und Rentenversicherung, die Sicherheit, auch in der Arbeitslosigkeit von der Gesellschaft unterstützt und gefördert zu werden. Wir verlangen die Sicherheit, auch in Zukunft noch eine schöne Wohnung finden zu können, ohne Unsummen an Geld auf den Tisch legen zu müssen. Wir bestehen auf die Sicherheit, auch ohne Geld lernen und sich fortbilden zu dürfen. Wir möchten die Sicherheit vor privaten Konzern- und Profitinteressen, wir möchten in Sicherheit vor einem grenzenlosen und menschenverachtenden Kapitalismus leben. Wir möchten, dass Sicherheit nicht Deutsch, sondern solidarisch ist. Wir verlangen Solidarität mit Geflüchtete, mit Menschen aller Religionen, jeder Herkunft – mit allen Menschen ungeachtet ihres Status, ihrer Herkunft oder ihrer Identität. Mit diesem Antrag schlagen wir vor, dass die SPD endlich auch für eine gute Sicherheitspolitik bekannt wird – für eine alternative, menschliche Sicherheitspolitik, die sich gegen eine autoritäre und nationalistische Politik stellt. Nur das kann unsere SPD sein.

255

Antragsteller*innen

Jusos Oberfranken

E-Mail: sophia.fischer@jusos-bayern.de

Telefon:

Änderungsanträge zum D-1 Sozialdemokratie und Sicherheitspolitik? Na klar geht das!

1 **D-1-2-5**

2 **Swa**

3

4

5 **Seite 40, Zeile 2-5, Ändern**

6 Streiche ersatzlos Zeile 2-5

Antragsteller*innen

Swa

E-Mail: anna.rasehorn@jusos-bayern.de

Telefon:

1 **D-1-19f**

2 **Swa**

3

4

5 **Seite 40, Zeile 19f, Ändern**

6 Streiche ab “Wer für Sicherheit Sorgen will” bis “niemals arm werden zu können!” und ersetze durch “Die

7 Sozialdemokratie muss den gesellschaftlichen Diskurs über Sicherheitspolitik um den Begriff der sozialen

8 Sicherheit erweitern”

Antragsteller*innen

Swa

E-Mail: anna.rasehorn@jusos-bayern.de

Telefon:

1 **D-1-55-90**

2 **Obb**

3

4

5 **Seite 41, Zeile 55-90, Streichen**

6 S. 41 Z. 55 – 90 streichen, da durch C1 abgedeckt

Antragsteller*innen

Obb

E-Mail: magdalena.wagner@jusos-bayern.de

Telefon:

1 **D-1-103-105**

2 **Swa**

3

4

5 **Seite 42, Zeile 103-105, Ändern**

6 Streiche ersatzlos die Zeilen 103-105

Antragsteller*innen

Swa

E-Mail: anna.rasehorn@jusos-bayern.de

Telefon:

1 **D-1-117-132**

2 **Swa**

3

4

5 **Seite 41f, Zeile 117-132, Ändern**

6 Streiche den Absatz “Gemeinsam lernen – Chancen für Jugendliche schaffen”

Antragsteller*innen

Swa

E-Mail: anna.rasehorn@jusos-bayern.de

Telefon:

1 **D-1-135**

2 **Obb**

3

4

5 **Seite 43, Zeile 135, Einfügen**

6 In Zeile 135 einfügen:

7 „Das geplante Polizei Aufgabengesetz in Bayern lehnen wir strikt ab. Mit diesem Gesetz würde Bayern zum
8 Polizeistaat werden. Die geplanten Maßnahmen sehen wir als nicht tragbar.

9 1. Richter*innenvorbehalt

10 Das bedeutet, dass ein*e Richter*in staatliche Maßnahmen wie Aufenthaltsverbote oder Telefonüberwachung
11 absegnen muss. Mit dem neuen Gesetz kann die Polizei Bürger*innen zwingen, ihren Wohnort nicht zu ver-
12 lassen oder den Wohnort zu wechseln. Betroffene müssen erstmal klagen, um von einem Gericht gehört zu
13 werden.

14 2. Inhalte in der Cloud

15 Wenn es nach dem Gesetzentwurf geht, darf die Polizei in Informationssysteme und Speicher (Clouds) eindrin-
16 gen, Daten kopieren, löschen oder sogar ändern.

17 3.Vorbeugegewahrsam

18 Bisher war es der Polizei zum Beispiel möglich widersetzliche Fußballfans vor möglicher Randalen maximal
19 zwei Wochen lang wegzusperrern, das Ganze nur nach einer richter*innenlichen Genehmigung. Mit dem neu-
20 en Gesetz kann das Ganze auf drei Monate ausgeweitet werden. Die Betroffenen werden zwar von einer*m
21 Richter*in angehört, haben aber keine*n Strafverteidiger*in, und müssen somit ihre Unschuld aus der Zelle
22 heraus beweisen.

23 4.Telekommunikation und Post

24 Unter ähnlichen Voraussetzungen wie bei der Cloud, darf die Polizei künftig präventiv in die Telekommuni-
25 kation eingreifen. Zusätzlich kann die Kommunikationsverbindung durch technische Mittel seitens der Polizei
26 unterbrochen oder gar verhindert werden. Außerdem kann die Polizei die Post präventiv beschlagnahmen.
27 Unter dem Vorwand „Gefahr im Verzug“ darf dies auch ohne richter*innenliche Genehmigung erfolgen.

28 5. Aufenthaltsverbote

29 Die Polizei kann bestimmen, wo sich „Gefährder*innen“ aufhalten müssen und wo sie sich nicht aufhalten
30 dürfen. Das Problem ist, dass „Gefährder*in“ sehr allgemein und zu Gunsten der Polizei definiert werden kann.
31 Gefährder*innen können nach dem neuen Gesetzentwurf Personen sein, die keine Straftat begangen haben,
32 aber bei denen die Polizei davon ausgeht, dass sie welche begehen könnten. Jene Personen können zusätzlich
33 nach Verabschiedung des Gesetzes in unendliche Haft genommen werden. Ein*e Richter*in kann anordnen,
34 dass die Person zunächst für drei Monate und dann jeweils für drei weitere Monate in Haft kommt. Nur wie
35 soll ein*e „Gefährder*in“ in Haft beweisen, dass sie*er unschuldig ist?“

Antragsteller*innen

Obb

E-Mail: magdalena.wagner@jusos-bayern.de

Telefon:

1 **D-1-143-152**

2 **Swa**

3

4

5 **Seite 43, Zeile 143-152, Ändern**

6 Streiche ersatzlos die Zeilen 143-152

Antragsteller*innen

Swa

E-Mail: anna.rasehorn@jusos-bayern.de

Telefon:

1 **D-1-156**

2 **Obb**

3

4

5 **Seite 43, Zeile 156, Streichen**

6 S. 43 Z. 156 streiche „gängigen“

Antragsteller*innen

Obb

E-Mail: magdalena.wagner@jusos-bayern.de

Telefon:

1 **D-1-162**

2 **Swa**

3

4

5 **Seite 43, Zeile 162, Ändern**

6 Streiche "Es ist auch klares Kalkül, denn"

Antragsteller*innen

Swa

E-Mail: anna.rasehorn@jusos-bayern.de

Telefon:

1 **D-1-189**

2 **Obb**

3

4

5 **Seite 44, Zeile 189, Ändern**

6 S. 44 Z. 189 ersetze „den Gar ausmachen“ durch „abschaffen“

Antragsteller*innen

Obb

E-Mail: magdalena.wagner@jusos-bayern.de

Telefon:

1 **D-1-210**

2 **Swa**

3

4

- 5 **Seite 44, Zeile 210, Ändern**
- 6 Streiche "als auch durch die Zivilgesellschaft"

Antragsteller*innen

Swa

E-Mail: anna.rasehorn@jusos-bayern.de

Telefon:

- 1 **D-1-228**
- 2 **Swa**
- 3
- 4
- 5 **Seite 45, Zeile 228, Ändern**
- 6 Füge ein Z. 228:
- 7 Eine Neuaufstellung heißt jedoch nicht, dass polizeiliche Befugnisse erweitert werden müssen. Den
- 8 derzeit vorliegenden Gesetzesentwurf zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes (PAG) lehnen wir
- 9 entschieden ab. Ein Einsatz von Gesichtserkennungssoftware auf jeder Demo, ein Auslesen,
- 10 Speichern und sogar eine Änderung von Daten aufgrund einer drohenden Gefahr, verdeckte
- 11 Ermittlungen in Privaträumen, die Anwerbung von V-Leuten und eine mögliche Unendlichkeitshaft,
- 12 die es ermöglicht, drei Monate ohne richterliche Kontrolle im Gefängnis zu sitzen mit
- 13 Verlängerungsmöglichkeiten – diese Entwicklung in der bayerischen Sicherheitspolitik lässt einen
- 14 erschauern. Ein veränderter Gefahrenbegriff und geheimdienstliche Befugnisse schaffen sicherlich
- 15 kein mehr an Sicherheit, sie sind Augenschere, gerade im Hinblick auf die wirklichen Probleme
- 16 in diesem Bereich. Gerade auch durch die Schaffung einer sogenannten Grenzpolizei fehlen den
- 17 Polizeiinspektionen Menschen vor Ort, die das Tagesgeschäft bewältigen können. Schon jetzt
- 18 weicht die Soll- von der Ist-Stärke eklatant ab. Ein Rückgang der Kriminalität ist sicherlich nicht
- 19 durch ein Mehr an Repression zu bewerkstelligen, sondern durch ein Mehr an Prävention.

Antragsteller*innen

Swa

E-Mail: anna.rasehorn@jusos-bayern.de

Telefon:

- 1 **D-1-230**
- 2 **Obb**
- 3
- 4
- 5 **Seite 45, Zeile 230, Ändern**
- 6 S. 45 Z. 230 füge ein: „Die Abschaffung des Verfassungsschutzes“

Antragsteller*innen

Obb

E-Mail: magdalena.wagner@jusos-bayern.de

Telefon: